

Heribert Schiedel

## **Die FPÖ und der Antisemitismus – Ein lange verdrängter Aspekt**

*(Die Charakterisierung bestimmter Aussagen als antisemitisch ist nicht als Vorwurf einer – nach NS-Verbotsgesetz oder Verhetzungsverbot – strafbaren Handlung zu verstehen. Bei einem Verdacht des Verstoßes gegen österreichische Gesetze ist jeweils Anzeige eingebracht worden. Der vorliegende Text entstand im Jahr 2001)*

Haben die Versuche Jörg Haiders, mit antisemitischen Ausfällen im Wiener Wahlkampf zu punkten, die Öffentlichkeit überrascht? Es gehörte ja zu den hartnäckigsten Legenden über die FPÖ, dass sie mit offenem Antisemitismus nichts am Hut habe. Ein kurzer Blick auf die Skandalchronik der Haider-FPÖ in Sachen Antisemitismus soll im Folgenden diese Legende als solche entlarven. Die Tatsache allerdings, dass der Antisemitismus bewusst als Mobilisierungsinstrument eingesetzt wurde, stellt tatsächlich eine neue Qualität dar.

„So jemand ist kein patriotischer Österreicher ...“ – Haider im Wiener Wahlkampf

Den Startschuss zur antisemitischen Unterfütterung des Wiener Wahlkampfes gab Haider am 23. Februar in der Kurhalle Oberlaa: „Der Häupl [Wiener Bürgermeister] hat einen Wahlkampfstrategen, der heißt Greenberg. Den hat er sich von der Ostküste einfliegen lassen. Liebe Freunde, ihr habt die Wahl, zwischen Spindocter Greenberg von der Ostküste oder dem Wienerherz zu entscheiden.“ (Der Standard, 2. 3. 2001)

Dass es sich bei der „Ostküste“ um ein verschämtes Synonym für „Weltjudentum“ handelt, wissen die ÖsterreicherInnen spätestens seit der Waldheim-Affäre. Auf die verspätet einsetzende Kritik an dieser Aussage reagierte Haider auf seine Art: Bei der „Ostküste“ handle es sich nicht um einen antisemitischen Code, sondern um eine wertfreie geographische Bezeichnung. Neben der Leug-

nung versuchte Haider, den Antisemitismus-Vorwurf durch seine ironische Überdehnung abzuwehren: „*Wenn ich ‚Guten Morgen‘ sag, ist das wahrscheinlich auch antisemitisch.*“ (profil 12/2001)

Am „Politischen Aschermittwoch“ der FPÖ in Ried i. I. begann Haider mit massiven Angriffen auf Ariel Muzicant, den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG): „*Ich verstehe nicht, wie jemand, der Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann.*“ (www.derstandard.at, 28. 2. 2001)

Was Haider unter „Dreck“ versteht, lieferte er bereitwillig nach: Einerseits unterstellte er Muzicant als Immobilienmakler unsaubere Geschäfte und als Präsidenten der IKG eine fahrlässige finanzielle Gebarung, andererseits sei Muzicant als Kritiker der FPÖ und der ausgehandelten Regelung zur Entschädigung geraubten jüdischen Eigentums die „personifizierte Unversöhnlichkeit“ und „Österreich in Washington in den Rücken gefallen“; Muzicant habe „im Spektrum der demokratischen Kräfte relativ wenig Platz“. (news 11/2001) Im ORF-Interview legte Haider noch ein Schäuferl nach und meinte, Muzicant sei „kein guter Österreicher“, weil er der FPÖVP-Regierung den „Krieg“ erklärt habe. Muzicant gehöre zu den „obersten Vernaderern Österreichs“ und sei einer der „Hauptverantwortlichen“ für die „unerträgliche Hetze“, die angeblich gegen Österreich laufe. Und das obwohl Muzicant doch selbst „einmal zugewandert ist“. Schließlich wiederholte Haider sein Verdikt: Muzicant „taugt nicht für die Demokratie“. (ORF, ZIB 2, 16. 3. 2001)

Bei der FPÖ-Abschlusswahlveranstaltung am 22. März wiederholte Haider den Vorwurf des Verrats an Österreich: „*So jemand ist kein patriotischer Österreicher, sondern so jemand hat seine Verpflichtung gegenüber dem eigenen Land gröblich missachtet.*“ (www.derstandard.at, 22. 3. 2001) In einer Pressekonzferenz am selben Tag behauptete Haider, Muzicant hätte versucht, den *World Jewish Congress* gegen die Regierung und somit gegen Österreich zu mobilisieren. Er stünde hinter den „infame[n] Diffamierungen“ Österreichs und hätte sich auch die zahlreichen Drohbriefe der jüngsten Zeit selbst geschrieben. (APA 0386 5 II 0549, 22. 3. 2001)

### „... Diffamierung und Hetze gegen die Freiheitliche Partei“ – Klagen gegen Kritiker

Während nach den oben wiedergegebenen Äußerungen in der Öffentlichkeit weitgehende Einigkeit über deren antisemitische Stoßrichtung vorherrschte, entschieden bis vor kurzem die Gerichte, ob Haider und die Seinen als antisemitisch zu bezeichnen sind.

Wolfgang Neugebauer, wissenschaftlicher Leiter des DÖW, wurde von Haider wegen des Vorwurfs des Antisemitismus geklagt. Neugebauers Einschätzung basierte auf Haiders Abwehr der Kritik aus Israel nach den Nationalratswahlen vom Oktober 1999, die dieser als „hysterische Akte“, welche den jüdischen Bürgern in ganz Europa schaden würden, bezeichnet hatte. „In einer zivilisierten Welt“, so Haider weiter, „agiert man nicht mit Drohungen, sondern setzt sich bei Meinungsverschiedenheiten an den Verhandlungstisch“. Haiders Wortmeldung gipfelte im antisemitischen Standardsatz, wonach die Jüdinnen und Juden an ihrer Verfolgung selbst schuld seien: „*Es gibt genügend Leute, die sagen: ‚Wir wissen jetzt, warum Antisemitismus entsteht.‘*“ (Salzburger Nachrichten, 8. 10. 1999)

Auch Muzicant wurde von Haider geklagt. Er hatte auf das wachsende Aggressionspotential der AntisemitInnen rund um die letzte Nationalratswahl hingewiesen und die FPÖ dafür verantwortlich gemacht: Mit der damaligen FPÖ-Agitation gegen „Überfremdung“ hätten antisemitische Drohbriefe und Pöbeleien rapide zugenommen.

Daneben entstand kurz nach Muzicants Hinweis auf den Charakter der FPÖ eine *Schutzgemeinschaft freiheitlicher Wählerinnen und Wähler* (SG). Dabei handle es sich um eine „Notwehrreaktion“, so die Gründer, welche „sich gegen die momentan in Österreich stattfindende Diffamierung und Hetze gegen die Freiheitliche Partei und deren Wähler richte“. Die SG wolle sich „unsere Wähler, Mitglieder und Sympathisanten nicht länger psychisch und physisch diffamieren und abwatschen“ lassen und sich dagegen „mit rechtsstaatlichen Mitteln wehren“. (Neue Freie Zeitung 46/1999) Der damalige FPÖ-Generalsekretär Peter Westenthaler behauptete öffentlich, dass nicht seine Partei, sondern Muzicant „an der Schraube des Hasses“ drehe. (Neue Freie Zeitung 45/1999) Ein FPÖ-Nationalrat und SG-Aktivist ging noch einen Schritt weiter und nannte Muzicants Kritik „übelsten NS-Jargon“. (Neue Freie Zeitung 46/1999) Dass es sich bei der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft um „die Juden von heute“ handle, beklagte Haider schon vor Jahren. (Der Standard, 26. 5. 1993)

### *„... inoffiziell aber wohl einer der mächtigsten Geheimbünde“ – Die Verschwörung*

Die Täter-Opfer-Umkehr ist nicht nur strategisches Kalkül, sondern auch Ausdruck paranoider Aufrichtigkeit von AntisemitInnen, die sich tatsächlich von Jüdinnen und Juden verfolgt wähnen. Haider entlarvte etwa schon Anfang 2000 „hohe Funktionäre der jüdischen Gemeinde in Wien“, welche versucht hätten,

„beim State Department in Washington gegen uns Stimmung zu machen“, als Drahtzieher der neuerlichen „Kampagne“ gegen Österreich. (*Der Spiegel* 5/2000) Bereits 1998 behauptete er im ORF, Juden würden im Geheimen über ihn zu Gericht sitzen. Die Kärntner FPÖ-Zeitung damals: „*Dass es geheime Organisationen, um nicht zu sagen: Logen gibt, die hinter Polster- und Tapezentüren, in Säulenhallen und unter Kandelabern unter jedem Ausschluss der Öffentlichkeit tagen, darf in Österreich nicht behauptet werden. [...] B'nai B'rith nennt sich die honorige Gesellschaft. Offiziell die weltweit größte jüdische Organisation mit einem UNO-Sitz, inoffiziell aber wohl einer der mächtigsten Geheimbünde, in denen so manches entschieden wird, was nicht für das Licht der Öffentlichkeit bestimmt ist. [...] Ob das freilich im Sinne der jüdischen Gemeinde ist, darf bezweifelt werden. Inwieweit macht sich eine Organisation eigentlich verdächtig, die geheime Sitzungen über einzelne Personen abhält?*“ (*Kärntner Nachrichten* 38/1998) Den realen Hintergrund der aufgedeckten „Verschwörung“ bildete eine Anzeige, welche von B'nai B'rith gegen Haider nach dessen Auftritt 1995 in Krumpendorf eingebracht worden war. Der damalige FPÖ-Obmann hatte die dort anwesenden ehemaligen (Waffen-)SS-Männer und Wehrmachtssoldaten Menschen genannt, „die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind“. (Protokoll einer Vernaderung. Schnell-INFO 30/1996, S. 11) Beim imaginierten „Femegericht“ von B'nai B'rith handelte es sich um eine Diskussion über die behördlichen und medialen Reaktionen auf den Krumpendorf-Skandal.

Auch in ihrer sozialen Demagogie greift die FPÖ auf Verschwörungsmythen zurück. So wurde 1997 in der Steiermark ein Propagandablatt verbreitet, das die „arbeitende Bevölkerung“, die von „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ in die Zange genommen werde, graphisch darstellte. Der Sozialismus, so heißt es dort, betreibe die „Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung mittels Steuern durch die Umverteilungspolitik der eigentlichen Machthaber der internationalen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften“, der Kapitalismus „mittels Zinsen durch die Profitgeldgeschäfte der die internationale Hochfinanz beherrschenden Banken und Spekulanten“. Und darunter meinen die Freiheitlichen in bester NS-Tradition: „*Der Sozialismus und der Kapitalismus teilen sich in geheimer Komplizenschaft die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung.*“ (*Steirischer Gemeindegurier*, März 1997)

Dass diese Welterklärung die Jörg Haiders ist, legt ein Bericht über dessen Treffen mit Umberto Bossi im Herbst 1999 nahe. Bossi über das Vier-Augen-Gespräch: „*Wir haben über die Gefahr des Materialismus, also des Bösen gesprochen [...]. Und dieses Böse, gegen das wir ankämpfen müssen, ist identisch*

*mit der Großfinanz, die mittels Globalisierung alle wirtschaftliche Macht in ihren Händen konzentriert. Gegen ein solches Europa der Großfinanz und der Globalisierung, die den Menschen und dessen Wertvorstellungen auslöschen wollen, sprechen wir uns beide aus. Das war der Punkt, in dem wir voll übereinstimmen.“ (Die Presse, 20. 10. 1999)*

### „... wenn die Bejkelesjuden würden herumrennen in Wien“ – Offener Antisemitismus

Der Antisemitismus von freiheitlichen Kadern nimmt bisweilen noch offenere Formen an. So meinte der Linzer FPÖ-Obmann Raimund Wimmer 1989 im ORF-Interview: *„Hier 50.000 Juden anzusiedeln, wie [ich] das gehört habe von Zilk [Wiener Bürgermeister], das ist unmöglich. Was täten wir damit, der kennt die Juden nicht. Ich war im Krieg überall. Ich hab sie überall kennengelernt [...] na ja, die würden sich wundern, wenn die Bejkelesjuden würden herumrennen in Wien. Machen wir doch lieber unser eigenes Volk.“* (ORF-Inlandsreport, 9. 11. 1989) Dass Wimmer sich mit einer derartigen Wortmeldung auf der Parteilinie bewegte, wird an den ausgebliebenen Reaktionen der FPÖ-Spitze deutlich. Noch 1997 beehrte Haider ein Geburtstagsfest des alten Parteifreundes, auf welchem er und andere FPÖ-Spitzenpolitiker die „besonderen Verdienste Wimmers“ würdigten. (*Neue Freie Zeitung* 34/1997)

Ein Freiheitlicher stand wiederholt im Zentrum der Empörung über antisemitische Ausfälle: Andreas Mölzer. Der vormalige FPÖ-Bundesrat und Leiter des *Freiheitlichen Bildungswerkes* hat es mittlerweile zum kulturpolitischen Beauftragten des Kärntner Landeshauptmannes gebracht. 1991 schrieb Mölzer in der *Aula*, einem Vorfeldorgan der FPÖ: *„Die Geschichte hat mehrmals gezeigt, dass entortete und entwurzelte Völker, wie etwa die Juden in der Diaspora [...], es diesbezüglich verstanden, aus der Not eine Tugend zu machen. Der Handel und das Geschäft des Geldwechslers [...] prägte den Charakter dieser Völker so hundertprozentig, dass ihnen Handwerk, Ackerbau oder Industriearbeit geradezu widernatürlich erscheinen mussten. Dafür waren nur mehr die Wirtsvölker zuständig.“* (*Aula* 6/1991)

Unter der Mitverantwortung von Mölzer erschien im „Jahrbuch für politische Erneuerung 1995“ des *Freiheitlichen Bildungswerkes* ein wüst antisemitischer Artikel von Werner Pfeifenberger. Dieser sinnierte dort über das „Einsickern des orientalischen (jüdischen) Messianismus“ in das Abendland. (Pfeifenberger, Werner: Internationalismus gegen Nationalismus – eine unendliche Todfeindschaft? Geschichtlicher Werdegang und heutige Gestalt, in:

Höbelt, L.; Mölzer, A.; Sob, B. (Hg.): Freiheit und Verantwortung. Jahrbuch für politische Erneuerung. Wien 1994, S. 498) Seit damals bestimme ein Kampf zwischen „Internationalisten“ und „Nationalisten“ die Geschichte, wobei Pfeifenberger hinter ersteren die obligate jüdisch-freimaurerische Weltverschwörung zu erkennen glaubte. Dem Nationalsozialismus attestierte Pfeifenberger, es sei „nicht unlogisch“ gewesen, die beiden Erscheinungsformen des „Internationalismus“, nämlich „Kapitalismus und Kommunismus als nur zeitweise verfeindete Komplizen gegen den Nationalstaat zum zentralen gemeinsamen Feind zu stempeln“. (Ebenda, S. 513) Schließlich wärmt Pfeifenberger die alte NS-Legende von der jüdischen Kriegserklärung gegen das „Dritte Reich“ auf: *„Die ‚antikapitalistische Sehnsucht‘ (Gregor Strasser) der Nationalsozialisten, ihre bedrohliche Unterscheidung zwischen ‚raffendem‘ und ‚schaffendem‘ Kapital (Gottfried Feder) und die Möglichkeit eines eurasischen wirtschaftlich-politischen Kontinentalblockes, der von ausländischen Krediten unabhängig sein würde und solcherart den weltweiten Machtanspruch der internationalen Geldleiher in Frage stellte, lösten bei diesen schrillen Alarm aus. [...] Da der innerstaatliche Konflikt in Deutschland – teils ethnisch bewusst, teils bedingt durch die starke jüdische Mitgliedschaft in internationalistischen Gremien – zu einem Kampf zwischen Deutschen und Juden entartete, der vom politischen Sieger auch nach der Machtübernahme auf staatlicher Ebene fortgesetzt wurde, ist es erklärlich, dass die Verlierer ihn auf die zwischenstaatliche Ebene verlagerten, wo sie sich stärker fühlten. Außenpolitisch sollten die Internationalisten schließlich auch siegreich bleiben.“* (Ebenda, S. 519 f.) Die Ausfälle gipfeln in der Behauptung, „dass ‚Judea‘ [...] kurz nach Amtsantritt der nationalsozialistischen Regierung nicht nur dieser, sondern ganz Deutschland den Krieg erklärte“. (Ebenda, S. 521)

Nachdem der Journalist Karl Pfeifer Pfeifenbergers Artikel unter dem Titel „Freiheitliches Jahrbuch 1995 mit (Neo)Nazi-Tönen“ in der Zeitschrift *Die Gemeinde* rezensiert hatte, wurde er vom Autor wegen übler Nachrede geklagt. Das Oberlandesgericht Wien kam in seinem Urteil zu der Erkenntnis, dass die inkriminierte Wertung „Nazi-Töne“ seine Berechtigung habe und dass sich tatsächlich „zahlreiche Hinweise auf Gedankeninhalte“ ergäben, die „der NS-Zeit und der von ihr vertretenen Ideologie zugeordnet werden können“. (*Der Standard*, 3. 7. 1998) Die Klage Pfeifenbergers wurde somit auch in letzter Instanz abgewiesen. Es braucht wohl nicht erwähnt werden, dass die FPÖ und namentlich Jörg Haider weder zu dieser Auseinandersetzung Stellung bezogen, noch sich in irgendeiner Weise von den Äußerungen und Sichtweisen Pfeifenbergers distanziert haben.



## „Greenspan, Soros, Beresowskys“ – Vorfeldorganisation *Aula*

Die *Aula* strotzt auch (und gerade) unter der „Schriftleitung“ des ehemaligen FPÖ-Nationalrates Otto Scrinzi nur so vor Antisemitismus. So ist dort die Rede von der „jüdische[n] Außenministerin Madeleine Albright“, die den Irak als „eine Bedrohung für den Weltfrieden“ darstelle. Die *Aula* weiter: „*Dahinter stehen freilich israelische Interessen, die von den Verwandten jenseits des Großen Teiches militärisch gedeckt werden.*“ (*Aula* 2/1998)

Bei der Apologie des Nationalsozialismus kommen ebenfalls antisemitische Motive zur Anwendung: „*Der Zwang zum Schuldenmachen wird noch verschärft durch das wie ein alternativloses, unausweichliches Naturgesetz auf uns lastende althebräische Zinseszinsystem. [...] Fast befremdlich bis peinlich wirkt die Wiederentdeckung der Erkenntnis, ‚die Wirtschaft muss dem Volk dienen‘ (R. Oberlercher). Bereits 1933 verkündete ein deutscher Reichskanzler diese an sich selbstverständliche Sicht einer Volkswirtschaft, die gewissermaßen zum Todesurteil des Dritten Reiches wurde. [...] Churchill bekannte offen: ‚dieser Krieg geht gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will‘. Demgegenüber stand der unerwünschte, weil erfolgreiche Sozialrevolutionär: ‚Meine Absicht war es, einen neuen Sozialstaat von höchster Kultur aufzubauen‘. Dieses Primat der Politik über die Wirtschaft forderte gewissermaßen das Todesurteil der kapitalistisch geführten Welt heraus.*“ (*Aula* 2/1999)

Die Legende der jüdischen Kriegserklärung an Deutschland fehlt auch anderenorts nicht: „*Es sind die gleichen Kreise, welche die beiden Weltkriege ausgelöst haben [...]: Diejenigen, die am Krieg verdienen, die keine Macht neben sich dulden und die gnadenlos jeden überfallen, der sich ihrer ‚Weltordnung‘ widersetzt. [...] Wenn je die Drahtzieher der Ostküste die Weltherrschaft wirklich übernehmen wollten, dann müssen sie dies jetzt tun oder nie.*“ (*Aula* 5/2000)

Die idiosynkratische Verknüpfung von Juden und Geld zieht sich wie ein brauner Faden durch die *Aula*, Gleiches gilt für die Personalisierung von Macht und Herrschaft, die den antisemitischen Verschwörungsmythen vorausgeht: „*Die ehemals freie Reichsstadt [Frankfurt a. M.] [...] heute das größte deutsche Jagdrevier der internationalen Geldherren, zu einem Viertel von Ausländern aller Völker und Rassen bewohnt. [...] In keiner Epoche der uns bekannten Weltgeschichte galt so wörtlich wie heute: Geld regiert die Welt. Nicht die Jelzins, Clintons oder Schröders ziehen die Fäden, sondern die großen Banker und Spekulanten: Greenspan, Soros, Beresowskys.*“ (*Aula* 7–8/1999)

Das Gefühl der AntisemitInnen, dauernd von Jüdinnen und Juden verfolgt zu werden, kommt auch im „freiheitlichen Magazin“ zum Ausdruck: *„Die Sünde gegen den Geist des Geldes und der Börse zieht den Bannfluch jener Mächte auf sich, die die Welt in einen einzigen Tempel der Wechsler verwandeln möchten.“* (Aula 11/1999)

Bezeichnenderweise wird die *Aula* von der FPÖ selbst nach wie vor als „Vorfeldorganisation“ bezeichnet. (Anfrage, XX GP-NR, 5310/J, 1998-12-02) Gleiches gilt für die *Freiheitlichen Akademikerverbände*, die nicht nur die *Aula* herausgeben, sondern auch Veranstaltungen organisieren. So im November 1999, als der deutsche Neonazi Horst Mahler auf Einladung des *Freiheitlichen Akademikerverbandes für Wien, Niederösterreich und Burgenland* in Wien referierte. Mahler sprach dort vom „jüdischen Volk“, das der „Feind“ der Deutschen sei. Auf dem Weg zur „Volksgemeinschaft“ müssten sich die Deutschen, zu welchem Mahler und seine korporierten Zuhörer auch die ÖsterreicherInnen zählen, von den „negativen jüdischen Prinzipien“ wie dem „Mammonismus“ befreien. Aber noch würden „unsere Feinde“ [die Jüdinnen und Juden] „über unsere Gedanken [herrschen]“. Mahler versuchte in Wien auch, die antisemitische Verfolgung zu legitimieren: *„Den Juden wurde der Hass auf andere Völker auferlegt. Die anderen Völker haben diesen Hass nur erwidert.“* (Die Presse, 25. 11. 1999; profil 48/1999)

### „... um weitere finanzielle Forderungen zu legitimieren“ – *Zur Zeit*

Andreas Mölzer agiert neben seiner Beratertätigkeit für Haider auch als Chefredakteur und Mitherausgeber der Wochenzeitung *Zur Zeit*. Dort erschien 1997 ein (später vom Presserat verurteilter) Artikel des konservativen Theologen Robert Prantner, in welchem antisemitische Ritualmordlegenden wiedergegeben werden: *„Es wäre eine Verfälschung der Geschichte, etwa bestimmte Ritualmorde zu mittelalterlicher Zeit dem phantasiebestimmten ‚Hass des Nationalsozialismus‘ zuzuschreiben. Auch Verbrechen von jüdischen Menschen an Christen sind beklagenswerte Geschichte, an Kindern, wie etwa dem seligen Märtyrerkind Anderl von Rinn [...]. Auch das Blut gemordeter Christen, vergossen durch jüdische Hand, schreit zum Himmel! So erwartet man einen Kongress der Weltjudenheit auf religiöser Grundlage, in dessen Verlauf das ‚Neue Gottesvolk‘ – des ‚Neuen Testaments‘, geboren aus dem Blute Jesu, am Kreuze durch den Hohen Rat der Judenheit vor knapp 2000 Jahren – um Verzeihung gebeten wird.“* (*Zur Zeit* 7/1997) Prantner steuerte übrigens zum



neuen FPÖ-Parteiprogramm Überlegungen zum „wehrhaften Christentum“ bei und präsentierte dieses auch mehreren Landesgruppen der nunmehrigen Regierungspartei.

1999 mutierte Hitler in einem *Zur Zeit*-Beitrag zum „großen Sozialrevolutionär“, dessen Stellvertreter Heß zum „kühnen Idealisten“. Die Schuld Nazi-Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde durchgehend geleugnet: nicht die NS-Führung, sondern Churchill habe „Europa in die Katastrophe“ gestürzt. Der Überfall auf die Sowjetunion wurde zu einer „notwehrhaften Präventivaktion“ „zum Schutz Europas“. Die Shoah und die Anzahl der sechs Millionen Opfer kamen abwechselnd als „Dogma“ und „Mythos“ daher, welche „im größten Schauprozess der Weltgeschichte in Nürnberg institutionalisiert“ worden seien und „sich nur mehr quasireligiös begründen“ ließen. Im Rückgriff auf bekannte Geschichtsfälscher behauptete der Autor die Unmöglichkeit der „Massenvergasungen mittels Zyklon-B“ in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern. (*Zur Zeit* 23/1999)

Auf die daraufhin eingeleiteten behördlichen Schritte gegen Mölzer antwortete Haider auf seine Art: Die Justiz solle sich anstatt mit einem solchen „Randthema“, wie es die Holocaust-Leugnung darstelle, lieber mit „Kinderschändern“ befassen. (Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 21. 8. 1999) Während die Vorerhebungen gegen Mölzer eingestellt wurden, wurde der Autor des „revisionistischen“ *Zur Zeit*-Artikels Anfang 2001 nach dem NS-Verbotsgesetz zu einer bedingten Haftstrafe (noch nicht rechtskräftig) verurteilt.

Im März 2000 sorgte ein antisemitischer Leserbrief in *Zur Zeit* für Aufsehen: „*Wenige außer Ihnen wagen heute noch, die de facto Weltherrschaft des Judentums und ihres verlängerten Armes, der Freimaurerei, anzusprechen. [...] Die jüdische Machtergreifung im Kapitalismus [...] und Bolschewismus [...] hat zweifellos wesentlich zum nun schon beinahe hundertjährigen europäischen Bürgerkrieg beigetragen, wobei die Alternativen, Hitler auf der einen und ein nicht jüdisch dominierter Kommunismus à la Stalin oder Rotchina wahrlich nicht besser waren (sind).*“ (*Zur Zeit* 10/2000) Zunächst wollten sich die *Zur Zeit*-Macher noch nicht mit diesem Lob identifizieren. Die Redaktion sprach damals von „eingeschleuste[n] Leserbriefen“. (*Zur Zeit* 11/2000) Knapp ein Jahr später ist von einer Distanzierung nur mehr wenig zu merken. In einem Brief an *Zur Zeit*-AbonnentInnen beschwert sich Mölzer über eine Anzeige des DÖW wegen des Verdachts der Verhetzung, „weil ein Leserbriefschreiber es gewagt hatte, den Einfluss der jüdischen Welt drastisch darzustellen“. Mittlerweile wurde die Anzeige ja auch von der Staatsanwaltschaft zurückgelegt.

Antisemitismus durchzieht auch die Versuche von *Zur Zeit*, die (internationale) Kritik an der Regierungsbeteiligung der FPÖ abzuwehren. In einer

Sondernummer werden etwa die „Hintergründe“ der heftigen Kritik an der FPÖ-Regierungsbeteiligung aufgedeckt, nämlich „der alte Deutschenhass, der auf dem kleinen Österreich abgeladen werden kann, und jüdisch-israelische Ambitionen, einen Buhmann zu haben, um weitere finanzielle Forderungen zu legitimieren“. (*Zur Zeit* 7a/2000) Mölzer sieht Österreich dort als Opfer der altbekannten antideutschen (= „jüdischen“) Verschwörung. So hält er es für „bequem, das kleine Land zu prügeln, wenn es darum geht, die Deutschen insgesamt bußfertig und zahlungsbereit zu halten“. Mit dem Bild des „hässlichen Deutschen“ könne „man Wahlkämpfe in New York führen wie Hillary Clinton und Milliarden lukrieren wie Rechtsanwalt Fagan“. (Ebenda)

Ein paar Ausgaben später ist es der katholische Publizist Friedrich Romig, der eine Attacke gegen die angebliche Verschwörung reitet. Hinter dieser vermutet der ehemalige „Europabeauftragte“ von Bischof Krenn eine „liberal-sozialistisch-kommunistisch-internationalistische Clique“, die nicht nur Bundespräsident Klestil die Präambel zur Regierungserklärung „in die Feder diktiert“ habe, „sondern die auf Knopfdruck auch die Großdemonstration in Wien und die ‚spontanen‘ Proteste in Brüssel, Paris, Lyon, London, New York, ja sogar im fernen Sydney organisiert hat“. Für alle, die noch nicht wissen, wer damit gemeint ist, hat Romig noch einen Hinweis parat: „*Es ist die gleiche Clique, die schon beim Waldheim-Komplott aktiv war, nur jetzt noch massiver.*“ (*Zur Zeit* 15/2000)

Daneben stoßen Antisemiten auf ihrer Suche nach jüdischen Verschwörungen auch heute auf die Börse. So enthüllt *Zur Zeit*: „*Eine Allianz von Sozialistischer Internationale und internationaler Hochfinanz ist seit Antritt der neuen Regierung bestrebt, an der Wiener Börse die Kurse der führenden Aktien ‚herunterzuprügeln‘.*“ (Ebenda)

### „... wie lange wir noch zahlen müssen“ – Die Frage nach dem Schlussstrich

Anlässlich der angekündigten Einigung über Entschädigungszahlungen an jüdische Opfer des Nationalsozialismus setzte die FPÖ Anfang 2001 eigentümliche parlamentarische Schritte: FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler wollte in Anfragen von den zuständigen MinisterInnen wissen, „wie lange wir noch zahlen müssen“. (*Neue Kronen Zeitung*, 5. 1. 2001) Die FPÖ behauptete bei dieser Gelegenheit, dass „seit 1945 300 Milliarden Schilling an Wiedergutmachung geflossen sind“ (ebenda) – der tatsächliche Betrag beläuft sich auf ca. 100 Milliarden. Der abwehrende Charakter der FPÖ-Initiative im Parlament wurde von

Westenthaler auch offen eingeräumt, der meinte, dass man die „Frage stellen dürfen [soll], wann ein Schlussstrich gezogen wird“. (Ebenda)

Die aggressive Abwehr, die seit jeher in der Forderung nach einem „Schlussstrich“ gipfelt, bedient sich auch in ihrer freiheitlichen Version antisemitischer Motive. Bereits 1998 beschrieb Mölzer die Forderungen der Überlebenden der Shoah in *Zur Zeit* als „Fass ohne Boden“: „*Man sollte einem durchaus wiedergutmachtungswilligen Land und seinen Bürgern [...] nicht das Gefühl geben, dass sie gewissermaßen ad infinitum als Melkkuh für Ansprüche herhalten müssen, für die es keine rechtliche und moralische Grundlage mehr gibt.*“ (*Zur Zeit* 34/1998)

Kurz darauf wurden im offiziellen FPÖ-Organ *Neue Freie Zeitung* ähnliche Töne angeschlagen. Unter dem Titel „Der Holocaust als Geldquelle“ wurde die Shoah zunächst zum Gerücht: „*Zwischen vier und sechs Millionen Todesopfer soll, je nach Lesart und Geschichtsschreibung, allein der Holocaust gefordert haben.*“ Dieser diene den Jüdinnen und Juden nicht nur als „cash-cow“, sondern auch „als Druckmittel mit Killerargument-Qualität zur Durchsetzung vordergründiger Interessenlagen“. (*Neue Freie Zeitung* 36/1998)

Ähnlich geartet ist der Kommentar, welchen FPÖ-Bundesrat und *Zur Zeit*-Mitherausgeber John Gudenus anlässlich der Entschädigungszahlungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen abgab: „*Diese Entschädigungen sind nichts anderes als Schutzgeld, das wir zahlen müssen. [...] Er [der Anwalt Ed Fagan] ist ein guter Geschäftsmann, das ist klar. Aber ich glaube, er trägt nicht dazu bei, Sympathien für seinesgleichen zu erwecken. Aber man darf auch nicht verallgemeinern. Es gibt in Deutschland auch den Anwalt Wittl, von dem ich annehme, dass er nicht jüdischer Abstammung ist – und der agiert ähnlich als Geschäftsmann.*“ (*profil* 22/2000)

Dem damaligen FPÖ-Nationalrat John Gudenus fiel 1995 zur Shoah nur ein: „*Gaskammern? Ich halte mich da raus. Ich glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben ist.*“ (APA 114 5 II 0497 AI, 17. 10. 1995) Nach heftiger Kritik ließ Haider Gudenus kurzfristig in der Versenkung verschwinden.

Auch Haider selbst polemisierte wiederholt gegen eine so genannte „Wiedergutmachtung“. Diese betreffe „nämlich nicht nur die in New York und im Osten, sondern vor allem auch unsere sudetendeutschen Freunde. Wir wollen uns zuerst um die eigenen Leute kümmern.“ ([www.derstandard.at](http://www.derstandard.at), 23. 10. 2000) Das Relativieren der Shoah durch den Verweis auf das Schicksal der „eigenen Leute“ hat bei Haider Tradition. Schon 1998 meinte er: „*Wenn jüdische Emigranten Forderungen stellen, dann ist sozusagen die Wiedergutmachtung endlos. Wenn Sudetendeutsche dasselbe von der österreichischen Regierung verlangen, dass sie gegenüber den tschechischen Behörden ihre Wiedergutma-*

*chungsforderungen durchsetzen sollen, dann wird gesagt, irgendwann muss einmal ein Schlussstrich unter die Geschichte gezogen werden. [...] Man kann nicht Gleiches ungleich behandeln.“ (ORF, ZIB 2, 9. 9. 1998)*

Der niederösterreichische *Freiheitliche Gemeindegurrier* schrieb 1998 über die von der Regierung eingesetzte Historikerkommission: „*Herrn Simon Wiesenthal räumt man das Recht ein, einen Ausländer für eine Kommission zu nominieren, der Vorsitzende selbst, Clemens Jabloner, sagt im Profil Nr. 41, dass er aus einer jüdischen Familie stammt und Mitglied der israelitischen Kultusgemeinde ist. Hier endet einfach die Glaubwürdigkeit in diese ‚unabhängige‘ Kommission, da, und dies sei sachlich festgestellt, die in Österreich lebende jüdische Bevölkerung in höchsten staatlichen und privaten Stellen und in Banken ungewöhnlich stark präsent ist. Darüber zu sprechen, fällt unter Rassismus und schon ist man eingeschüchtert!*“ (*Freiheitlicher Gemeindegurrier* 565/1998)

### *„... keine österreichischen Juden“ – Sichrovsky als personifizierte Abwehr des Antisemitismus-Vorwurfes*

Diese ängstliche Schüchternheit in der falschen Sinnproduktion ist echt: Man glaubt tatsächlich an eine jüdische Allmacht. Und solange diese nicht zu brechen ist, versucht man sich als Philosemit an sie zu schmiegen. Haider etwa wollte in Israel beweisen, dass er kein Antisemit ist, allein der FPÖ-Obmann wurde mit einem Einreiseverbot belegt. Statt Haider versucht nun Peter Sichrovsky, jüdische KritikerInnen zu besänftigen. Als Jude erfüllt Sichrovsky darüber hinaus eine wichtige Funktion bei der Abwehr des Antisemitismus-Vorwurfes: Schon seine Position in der FPÖ belege das Gegenteil. Sichrovsky stellt darüber hinaus seinen Parteifreunden im Anlassfall einen Persilschein aus. So kommentierte er die weiter oben angeführte Aussage seines Parteifreundes Wimmer wie folgt: „*Man kann ja noch eine Meinung gegenüber extrem religiösen Juden haben, ohne dass man sofort als Antisemit abqualifiziert wird.*“ (*Format* 11/2000, S. 45)

Vor allem aber kann die FPÖ Sichrovsky mit Angriffen betrauen, vor welchen eingeschüchterte FPÖ-Kader noch zurückschrecken. Gegenüber der slovenischen Tageszeitung *Delo* äußerte er: „*Sie müssen verstehen, dass die Mitglieder der jetzigen jüdischen Gemeinschaft in Österreich keine österreichischen Juden sind. Der Obmann der Wiener Gemeinschaft, Ariel Muzicant, wurde in Israel geboren, ebenso der große Anführer der jetzigen Demonstrationen, Doron Rabinovici. [...] Die heutigen Führer der Gemeinschaft, wel-*

*che hierher Geld verdienen kamen, sich hier nicht zu Hause fühlen und ihre Kinder ins Ausland studieren schicken, sind meiner Meinung nach umstritten, weil sie mit diesem Staat nicht gefühlsmäßig verbunden sind. [...] Es geht [bei Muzicant] um einen aggressiven, zornigen Menschen, der ungeheuer geizig ist und ungeheuer reich wird. Ich verstehe nicht, wie derart hasserfüllte Menschen eine Gemeinschaft leiten können. [...] Er [Bubis] war eben an der Spitze einer jener jüdischen Organisationen, welche wegen der Vergangenheit so wichtig und stark wurden. Sie haben das weltweite Gefühl der Schuld ausgenutzt und wurden äußerst einflussreich. [...] Noch mehr, diese Organisationen werden von ‚Berufsjuden‘ geführt, welche nicht die jüdischen Gemeinschaften repräsentieren, sondern in erster Linie sich selbst und ihre Freunde. [...] Muzicant kommt vor die Kamera, damit er über Antisemitismus, Rassismus und über die extreme Rechte spricht. Er ist wirklich eine tragische Erscheinung. Der Mann tut mir Leid, so wie mir alle ‚Berufsjuden‘ Leid tun, welche ihre toten Verwandten ausnützen müssen, um ins Fernsehen zu kommen.“ (Delo, 4. 3. 2000)*

Im FPÖ-Parteiorgan legt Sichrovsky Muzicant folgende Worte in den Mund: *„Liebe Weisen, in Österreich herrscht Rassismus, weil ich immer noch erst der zweitreichste Immobilienhändler bin.“ (Neue Freie Zeitung 35/2000)*

Neben der Verwendung von Stereotypen wie Geschäftstüchtigkeit und Geldgier, der zweifelhaften nationalen Loyalität und dem („alttestamentarischen“) Hass kommt dem Hinweis auf fremd klingende Namen bei der antisemitischen Stigmatisierung zentraler Stellenwert zu. So fällt auch Sichrovsky beim französischen Europaminister Moscovici dessen „nicht sehr französisch klingender Name“ auf. (Neue Freie Zeitung 49/2000)

### *„... Juden an ihrem Aussehen erkennen“ – FPÖ-SympathisantInnen*

Angesichts dieser (unvollständigen) Auflistung freiheitlicher Wortmeldungen überrascht es nicht, dass antisemitische Einstellungen unter dem FPÖ-Anhang rund doppelt so häufig anzutreffen sind wie im österreichischen Durchschnitt. So stimmen 14 Prozent der ÖsterreicherInnen und 30 Prozent der FPÖ-AnhängerInnen der Aussage zu, „es wäre für Österreich besser, keine Juden im Land zu haben“. Man weiß auch genau, wie letztere auszumachen sind: 33 Prozent der ÖsterreicherInnen, aber 71 Prozent der FPÖ-SympathisantInnen glauben, „dass man die meisten Juden an ihrem Aussehen erkennen kann“. (OGM im Auftrag von Format, in: *Format* 14/1999)

Auch antisemitische Handlungen folgten auf dem Fuß: 1992 schändeten zwei freiheitliche Nachwuchskader den jüdischen Friedhof in Eisenstadt. Die beiden Täter, Aktivisten der *Ringes Freiheitlicher Jugend* (RFJ), wollten laut Bekennerschreiben ihrem „Vorbild Jörg Haider“ mit ihrer Tat einen „arischen Gruß“ zukommen lassen ...